

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB über die gesamt-europäische Verantwortung für die Ausplünderung und die Völkermorde seit der "Entdeckung" Amerikas: 1992 ein Jahr der Besinnung?

Seite 1

Margitta Terborg MdB berichtet über das Echo auf die jüngste Diskussion über eine Wiedereinführung von Karenztagen.

Seite 6

47. Jahrgang / 77

22. April 1992

Kolumbus "entdeckte" für ganz Europa

Von der Verantwortung Europas für die 500 Jahre seit 1492

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Weltausstellung Expo 92 in Sevilla ist anlässlich der 500. Wiederkehr der Kolumbus-Landung in Amerika dem Thema "Entdeckungen" gewidmet. Diese Ausstellung und die mit dem Kolumbus-Jahr verbundenen "Feierlichkeiten" bieten Anlaß genug, über die 500 Jahre europäischen Ausgreifens in die Welt nachzudenken und Perspektiven für ein neues interkontinentales Handeln aufzuzeigen.

I.

Kolumbus und die Europäer landeten auf einem Kontinent, der von seinen Bewohnern Tausende von Jahren vorher entdeckt und besiedelt worden war. Aus europäischer Sicht war es eine "Neue Welt". - so der italienische Entdeckungsreisende Amerigo Vespucci, nach dessen Vorfahrten der deutsche Kartograph Martin Waldseemüller den Kontinent auf einer Landkarte erstmalig als "Amerika" bezeichnete. Nordamerika wurde überwiegend durch Briten (Angloamerika), Zentral- und Südamerika durch Spanier, genauer: Kastilier und Portugiesen (Lateinamerika) in Besitz genommen. Bei ihrer Ankunft lebten etwa 50 - 60 Millionen Menschen auf dem Doppelkontinent (so die Schätzung von Francisco de Roux, Direktor des Forschungsinstituts der Jesuiten in Bogota; andere Schätzungen gehen sogar von bis zu 100 Millionen Ureinwohnern aus), und zwar im wesentlichen in drei Kulturformen unterschiedlichen Entwicklungsstandes:

- nomadisierende Sammler, Jäger und Fischer, die in überwiegend kleineren Stammesverbänden lebten,
- Ackerbauern, die sesshaft waren und vorwiegend Mais und Kartoffeln anbauten,
- Bewohner hochentwickelter Stadtkulturen mit zentralisierter Verwaltung, streng hierarchischen Strukturen und einer leistungsfähigen Landwirtschaft.

Es handelte sich 1492 also allenfalls um eine Entdeckung für Europa. In Wirklichkeit wurde das Tor für eine Invasion, eine brutale Eroberung ("conquista"), ein rücksichtsloses Eindringen von Europäern in eine andere Kultur aufgestoßen. Sicherlich gab es eine Begegnung zweier Welten, wobei allerdings die sogenannte Neue Welt den kürzeren zog. Begegnung ist angesichts des Leids für die Ureinwohner eine beschö-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Presshaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtung
mit wertvollen Beilagen
Recycling-Papier



nigende Umschreibung. Dutzende von Millionen von ihnen, die aufgrund eines historischen Irrtums Indios beziehungsweise Indianer genannt wurden (Kolumbus glaubte bis zu seinem Lebensende, den westlichen Weg nach Indien gefunden zu haben), vielen dieser "Begagnung", dem Zusammenstoß zweier völlig verschiedener Kulturen, zum Opfer. Die Weißen sind für einen wahren Genozid an den indigenen Bevölkerungen verantwortlich: In Westindien wurden die Ureinwohner fast völlig ausgerottet und in Nordamerika stark dezimiert; in Zentral- und Südamerika fanden Abermillionen den Tod, auch wenn es hier zu einer stärkeren Vermischung mit den europäischen Einwanderern kam. Allein in Potosi (im heutigen Bolivien) und seinen Minen kamen von den mit Gewalt zu Arbeitsleistungen gezwungenen Indios in den drei Jahrhunderten spanischer Kolonialzeit acht Millionen ums Leben.

Wenn auch seit 1492 auf dem amerikanischen Subkontinent vornehmlich Spanien (das heißt Kastilien, weil es das "Indien"-Monopol hatte) und Portugal als Kolonialmächte auftraten, so belegen doch zum Beispiel folgende Tatsachen, daß deutscherseits nicht einfach jegliche Verantwortung für das in Lateinamerika während der vergangenen 500 Jahre Geschehene ge-
leugnet werden kann:

- die Anwesenheit von deutschen Kanonieren, Landsknechten und Geographen bei den ersten Expeditionen,
- das geschäftliche Treiben der Augsburger Handelshäuser Fuggger und Welser, die von dem von ihnen bei der Kaiserwahl und seinen Heerzügen finanzierten Karl V., der zugleich Carlos I. König von Spanien war, 1528 und 1531 das Recht zur Kolonisierung Venezuelas und weiterer Teile Südamerikas (von Chincha in Peru bis zur Magellanstraße) erhielten (in den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts ging durchschnittlich ein Sechstel, zeitweise die Hälfte des Handels zwischen Europa und Spanisch-Amerika durch die Hände der Welser - das Verbot der Beteiligung von Nichtspaniern an den überseeischen Unternehmungen war zu Beginn der 20er Jahre auf Druck der Augsburger Handelshäuser von Karl V. aufgehoben worden),
- besonders die karibische Inselwelt und Mittelamerika wurden durch die Sklaventransporte aus Schwarzafrika von den Welsern und Fugggern beliefert,
- die Auswanderungsströme von Deutschen und deren Zurückdrängung der einheimischen Bevölkerung, so etwa der auch als Araukaner bezeichneten Mapuche im Chile des 19. Jahrhunderts, sowie
- das Agieren vieler Hunderter von deutschen Multinationalen Konzernen in den letzten Jahrzehnten.

Insofern gibt es auch für Deutschland Anlaß genug, die Pose eines unbeteiligten Zuschauers aufzugeben. Deshalb erklärten deutsche Diözesanpriester, die in Lateinamerika arbeiten, zu Recht: "Wir sind verwickelt in eine lange Geschichte europäischer und deutscher Präsenz in Lateinamerika; wir sind Erben einer Geschichte, die blutig begann und gezeichnet ist durch andauernden Raub von Land und Schätzen, durch Sklaverei und Ausrottung."

Für kritische Beobachter läßt sich die Konquista Lateinamerikas in vier großen Schüben darstellen: Die militärische Konquista im 16. Jahrhundert, die geistige und geistliche im 17. Jahrhundert, die szientistische Eroberung im Geiste des europäischen Positivismus und die Konquista Lateinamerikas durch das transnationale ökonomische System in unserer Zeit.

Der 500-Jahres-Zeitraum von 1492 bis 1992 war, was Lateinamerika angeht, aus der Sicht der Betroffenen vor allem eine Periode der Ausbeutung und des Völkermords. Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, mahnt zu Recht im Hinblick auf den 12. Oktober 1992, dabei die Geschichte der Kolonialisierung nicht auszusparen. Er erinnert an Eduardo Galeanos Buch, das den Titel trägt "Die offenen Adern Lateinamerikas". Der Uruguayer Galeano kennzeichnet damit das permanente ausbeuterische Aussaugen der Gold-, Silber- und Rohstoffadern Lateinamerikas durch die Industrieländer (West-)Europas und Nordamerikas.

II.

Das Datum 12. Oktober 1492 und das mit den Kolumbusreisen verbundene europäische Ausgreifen verdienen eine hohe Aufmerksamkeit, sie markieren einen Wendepunkt der Weltgeschichte:

- Im Gegensatz zu den Landungen Leif Erikssons in Nordamerika oder der Polynesier auf Neuseeland, die ohne weitpolitische Auswirkungen blieben, zeitigte die Inbesitznahme Lateinamerikas weltgeschichtlich folgenreiche Wirkungen; sie steht für den Beginn der Europäisierung der gesamten Welt, setzte weltweite Beziehungen in Gang und bedeutet letztlich die Spaltung der Welt in Arm und Reich - diese zeugte die später sogenannte Dritte Welt.
- Für Spanien bedeutet 1492 den Beginn seines Überseeimperiums; der Inbesitznahme Brasiliens durch Portugal waren dessen Eroberungen in Afrika bereits vorausgegangen.
- Das Datum ist - wie nur wenige Ereignisse in der modernen Geschichte - mit grausamsten Implikationen verbunden. Es eröffnete einen Prozeß, der die kulturelle und physische Ausrottung von Millionen von Menschen sowie die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen mit hohen ökologischen Schäden mit sich führte.
- Es bedeutet den Verlust von Selbstbestimmung und Menschenwürde der amerikanischen Ureinwohner/innen; Indiofrauen und schwarze Sklavinnen wurden außerdem massiv sexuell ausgebeutet.
- Die Fahrten des Kolumbus eröffneten das umfangreichste Kapitel der christlichen Missionsgeschichte.
- Die Konsequenzen der Eroberung wirkten nicht nur auf Europa zurück. Die Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen beflügelte den Kapitalismus in Europa, allerdings weniger in Spanien und Portugal als vielmehr in England und Gebieten des damaligen Heiligen Römischen Reiches (von den Niederlanden bis Oberitalien).

Gegen dieses europäische Ausgreifen und gegen die Dominanz Euro-Amerikas hat es über die Jahrhunderte hinweg immer wieder Widerstand und Selbstbehauptungsäußerungen seitens der Indo- und Afro-Amerikaner/innen gegeben.

Die indianische Landwirtschaft stellt den weltgeschichtlichen Leistungsschwerpunkt der Ureinwohner Amerikas dar; allein Kartoffel, Maniok und Mais wurden zur Ernährungsgrundlage ganzer Völker. Der Reichtum der Industriestaaten beruht - heute noch - auch auf der Übervorteilung der Länder des Südens. Die heutige Weltwirtschaftsstruktur steht weitgehend immer noch in der Tradition von 500 Jahren Kolonialismus; sie ist geprägt von ungleichen und diskriminierenden Wirtschafts- und Austauschbeziehungen und geht zu Lasten der Entwicklungsländer. Zwischen "Erster" und "Dritter" Welt existiert, wie Jean Paul Sartre einmal treffend bemerkte, ein Numerus Clausus, der große Teile der Menschheit von angemessenen Lebensbedingungen ausschließt.

Insbesondere für die schwere Arbeit auf den Plantagen und in den Minen wurden Millionen von schwarzen Sklaven aus Afrika importiert, was dort zu schweren Verwüstungen führte. So war das heutige Lateinamerika während der Kolonialzeit Teil eines "dreikontinentalen politisch-ökonomischen Verbundsystems" (Sandner/Steger): Europas Schiffe segelten mit billigen Tauschwaren befrachtet nach Afrika, das selbst als "Energieleiler" fungierte und Sklaven, das "Erdöl der Kolonialzeit", nach Amerika zu liefern hatte. Die dort gewonnenen Rohstoffe wurden dann in die Metropolen Europas verfrachtet. Dieses Dreikontinente-System verdeutlicht, daß bei dem Gedenken der Jahre 1492 bis 1992 der Blick auf Europa und Amerika allein zu kurz greifen würde.

Für viele Menschen in Lateinamerika und in den anderen Südkontinenten ist die Zeitspanne 1492 bis 1992 eine schwärzende Wunde. Dabei gilt es zu bedenken, daß in der Regel die indigenen Völker zusammen mit den Schwarzen die wirklichen Opfer der 500 Jahre darstellen, während die weißen Invasoren und Einwanderer sowie deren Nachfahren die Kommandohöhen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft innehatten und innehaben. Mischlinge bilden mal die "Mittelklassen", mal sind sie sowohl "oben" als auch "unten" anzutreffen. (Der etwa von Gilberto Freyre hinsichtlich Brasiliens aufgestellten These von einer ethnischen Demokratie mit fast vollkommener Chancengleichheit für alle Menschen ohne Unterschied der Rasse und Hautfarbe ist zu Recht widersprochen worden.)

Die sogenannten Entdeckungsreisen waren Eroberungsreisen, deren negative Nachwirkungen noch heute zu spüren sind. Verständlicherweise lehnen die meisten Ureinwohner die für 1992 geplanten 500-Jahr-Feiern entschieden ab; denn die Ankunft von Spaniern, Portugiesen und anderen Europäern in der "Neuen Welt" hat für sie vor allem Ausbeutung, Völkermord und

Ausplünderung der einheimischen Kulturen gebracht. Eine Reihe von Europäern - beispielhaft seien nur die Geistlichen Bartolome de Las Casas für das spanische und Antonio Vieira für das portugiesische Amerika genannt - kämpften, wenn auch letztlich vergeblich, gegen dieses ausbeuterische und zutiefst inhumane Vorgehen an.

Eine mittlere Position zwischen jenen, die die koloniale Vergangenheit unkritisch glorifizieren, und solchen, die die spanische und portugiesische Landnahme total verdammen, nehmen viele lateinamerikanische Intellektuelle ein. Schriftsteller wie der mexikanische Nobelpreisträger Octavio Paz oder der Peruaner Mario Vargas Llosa reklamieren sowohl die spanische als auch die indigene Kultur für sich und verweisen nicht zu Unrecht darauf, daß die Mutterländer - trotz des begangenen Frevels an den Ureinwohnern - letztlich Träger jener vereinheitlichenden Faktoren Sprache, Kultur und Religion waren, die ihr ganz persönliches Leben, Denken und Fühlen in entscheidender Weise mitgeprägt haben. Daher stimmen viele von ihnen, wie auch Teile der Bevölkerung insgesamt, zwar der berechtigten Kritik am Leitmotiv der Jubiläumveranstaltungen zu, trotzdem bekennen sie sich zum Erbe der kolonialen Vergangenheit.

Der argentinische Anthropologe Adolpho Colombres empfiehlt den Begriff des "Zusammenpralls" zwischen zwei unterschiedlichen Welten, weil er einmal die Gewalttätigkeit nicht verberge, zum anderen aber auch die Möglichkeit einer wirklichen Begegnung für die Zukunft nicht ausschließe.

III.

Die "Unterentwicklung" Lateinamerikas führen viele Forscher auf die Iberianische Erblast zurück: eine eher dem Feudalismus und Merkantilismus als dem Kapitalismus verschriebene rückständige Unternehmermentalität, die Mißachtung des Handwerks, Zentralismus und schwerfällige Bürokratie, die Behinderung wirtschaftlicher Entwicklung durch Produktionsverbote, Abgaben und Zölle. Unterentwicklung und Abhängigkeit Lateinamerikas sind letztlich - so zum Beispiel die These des Lateinamerika-Kenners Frank Niess in "Am Anfang war Kolumbus" - auf die portugiesische und spanische Kolonialherrschaft zurückzuführen; auch für Phänomene, die die Gesellschaften bis heute bestimmen, wie etwa der "Machismo" (Männlichkeitswahn) oder die "Violencia" (Gewalttätigkeit), gelte dies.

Sind also die Industrieländer, die kapitalistischen Länder, für den Zustand der lateinamerikanischen Länder, ja aller Entwicklungsländer, verantwortlich, weil sie den Süden beherrschen, penetrieren und ausbeuten? Ein schlichtes Ja würde jedoch nicht die unterschiedlichen Entwicklungsstufen und -erfolge erklären. Wieso rangiert bei dem vom UN-Entwicklungsprogramm UNDP aufgestellten menschlichen Entwicklungsindex, der mehrere für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung relevante Indikatoren zusammenfaßt, das zentralamerikanische Costa Rica auf Platz 40 von 160 Ländern und der Nachbar Nicaragua auf Platz 85 und Guatemala lediglich auf Rang 103? Warum liegt Chile auf Rang 38, Brasilien auf Platz 60 und Bolivien auf Platz 110? Und wieso gehören die vier südostasiatischen Kleinen Tiger zu den halbwegs erfolgreichen Schwellenländern, die auch kaum Probleme mit der Verschuldung haben? Und dies bei demselben die Entwicklungsländer kraß benachteiligenden Welt handels- und Wirtschaftssystem, bei demselben Internationalen Währungsfonds und derselben Weltbank, die von den terribles simplificateurs neben den multinationalen Konzernen als Agenten des Weltimperialismus und der Ausbeutung ausgemacht werden?

Nein, es wäre zu einfach, alle Übel Lateinamerikas oder gar aller Entwicklungsländer auf den Kolonialismus und die bis heute andauernden, in vielen Bereichen unfairen, ungerechten Nord-Süd-Beziehungen zurückzuführen.

Für die intern verursachten Fehlentwicklungen hat der Lateinamerika-Experte Manfred Wöhlecke den Begriff "Morbus Latinus" vorgeschlagen. Zu dieser lateinischen Krankheit zählt er unter anderem die ungleiche und ungerechte Wirtschafts-, Sozial- und Machtstruktur, die verbreitete Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanung, eine unkontrollierte Bevölkerungsentwicklung und das mangelnde Interesse der lateinamerikanischen Eliten an zentralen Problemen ihrer Länder.

Jene Theorieansätze, wie die Imperialismus- und die in Lateinamerika entwickelten Dependenztheorien greifen zu kurz, wenn sie behaupten, daß exogene Faktoren wie die Deformie-

rung durch den Kolonialismus, die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und die Ausbeutung durch die Industrieländer allein für die Unterentwicklung verantwortlich seien. Sie unterschlagen die Bedeutung innerer Anstrengungen. Die Modernisierungstheorien verstehen Unterentwicklung als Rückständigkeit, die sich durch wirtschaftliche, politische und soziale Modernisierung der Entwicklungsländer beheben lasse; nach ihnen ist die Unterentwicklung vornehmlich endogen verursacht. Diese Theorieansätze übersehen jedoch die Bedeutung der äußeren Rahmenbedingungen, die die Entwicklungsländer häufig benachteiligen: Der Verfall der Rohstoffpreise, zum Beispiel bei Kaffee und Kakao, bezeugt dies ebenso wie der Protektionismus der Industrieländer.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime und die demokratischen Revolutionen in Zentral- und Osteuropa haben mit dazu beigetragen, daß die beiden großen Theorieentwürfe sich nicht mehr unverwundlich gegenüberstehen. Jetzt muß es darum gehen, Mittel und Wege zu finden, die zu einer menschenwürdigen Entwicklung für alle führen, zu einer Entwicklung, die auf Dauer tragfähig, wirtschaftlich produktiv, sozial gerecht und umweltverträglich ist. Dabei muß sich Entwicklungszusammenarbeit bewußt sein, daß sie allein die Probleme nicht zu lösen vermag, sondern daß eine konzertierte Strategie global verantwortlicher Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Umwelt- und Sicherheitspolitik - neben den unabdingbaren Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer selbst - nötig ist.

IV.

Das Jahr 1992 sollte dazu anspornen, sowohl für eine Entkolonialisierung in den Köpfen zu sorgen als auch die richtigen Konsequenzen für eine zukunftsweisende Politik zu ziehen. Der wichtigste Beitrag, den die Wirtschafts- und Handels Großmacht Deutschland leisten muß, besteht darin, aktiv am Aufbau einer neuen und gerechten Weltwirtschaftsordnung mitzuwirken, die eine dauerhafte Entwicklung für alle Länder ermöglicht. Auch der Kulturaustausch zwischen Europa und Lateinamerika war letztlich eine asymmetrische Beziehung, in der die an Kultur und Kreativität reichen Lateinamerikaner/innen nur selten über ausreichende Instrumente kultureller Selbstdarstellung in Europa verfügten. Dies zu ändern, müßte auch im Interesse der Bundesregierung liegen, wenn sie das Wort vom Kulturdialog ernst meint.

Die Bundesregierung sollte ein besonderes entwicklungspolitisches Lateinamerika-Programm auflegen, das den Indios und den Ärmsten zugute kommt. Wesentliche Punkte des Sonderprogramms, das Eigenanstrengungen der betreffenden Länder fördert, müßten sein: Unterstützung von Landerwerb für Indios und Campesinos, Landwirtschafts-, Gesundheits- und Schulprojekte mit dem Ziel, jenen, denen durch die Vernichtung des Urwaldes die bisherige Lebensgrundlage entzogen wird, eine neue, menschenwürdige Existenz sichern zu helfen. Wünschenswert wäre auch ein konstruktiver und angemessener Beitrag der in Lateinamerika engagierten deutschen Wirtschaft zur Sicherung des Überlebens bedrohter Volksgruppen.

Die UNO-Konferenz Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Juni 1992 sowie der 1992/93 in Kraft tretende EG-Binnenmarkt bedeuten zwei Gelegenheiten für Europa nach einem halben Jahrtausend umzusteuern in Richtung auf eine neue, wirkliche Partnerschaft zwischen Nord und Süd. Das geeinte Westeuropa darf keine gegen andere gerichtete Festung werden; es muß vielmehr zu fairen dialogischen, friedfertigen, sozial gerechten und demokratischen Beziehungen zu den anderen Teilen der Welt bereit sein. Wichtige Wegmarken in diesem Sinne enthält das 1990 erneuerte Abkommen zwischen EG und 69 Staaten in Afrika, im Pazifischen und Karibischen Raum. Der erkennbare dramatische Zusammenhang von Entwicklung und Umwelt muß zum Ausgangspunkt einer neuen Dimension globaler Solidarität werden. Eine solche neue Dimension von Solidarität verlangt dringend auch nach einer Veränderung der Konsum- und Produktionsweisen in den reichen, Rohstoffe und Energie verschwendenden Industrieländern. Die Bundesregierung sollte auf der RIO-Konferenz unter anderem dafür einreten, daß sich alle Industrieländer, die ihren Wohlstand zu einem nicht unerheblichen Teil auch der jahrhundertelangen Ausplünderung der natürlichen Ressourcen in der Dritten Welt verdanken, verpflichten, einen ökologischen Lastenausgleich (finanziell und technologisch) an die Entwicklungsländer zu leisten und entsprechende Programme zu unterstützen.

1992 könnte zum Jahr einer wirklichen Besinnung auf historische und gegenwärtige Interdependenzen werden und zum Ausgangspunkt eines von geschichtlicher Einsicht (Reue?) getragenen menschlichen Handelns der Völker untereinander. Dazu bedarf es aber eines nicht beschönigenden Zugangs zu dem, was auf der anderen Seite des Atlantiks - und überall da, wo Europa sich breitgemacht hat - in den letzten 500 Jahren wirklich geschehen ist.

(-/22. April 1992/hgs/ks)

Albernes Theater Das Echo auf Karenztage im Wahlkreis

Von Margitta Terborg MdB

Wenn ich es richtig sehe, gab es vor wenigen Wochen zwei Landtagswahlen, in denen der politischen Klasse von den Wählern bescheinigt wurde, daß sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu verlieren drohe. Alle etablierten Parteien gaben sich bestürzt. Und das war es dann auch.

Das war es wirklich. Sonst wäre ja kaum vorstellbar, daß man drei Wochen nach den Landtagswahlen die Frechheit hat, die Wiedereinführung von drei unbezahlten Karenztagen im Krankheitsfall zu propagieren. Die Schnapsidee kam aus dem Kanzleramt. Die Presse griff sie begierig auf. Und wir in den Wahlkreisen haben uns damit herumzuschlagen.

Um Klartext zu sprechen: ich sage jetzt schon allen meinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, daß mit mir eine solche "Reform" nicht zu machen ist. Mich interessiert dabei kein einziges Begründungsmuster und nicht einmal das Lockvogelargument, daß mit angeblich einzusparenden 15 Milliarden DM die Pflegeversicherung zu finanzieren sei. Meine Gespräche mit den Betroffenen und den Ärzten vor Ort haben mir fünf Gegenargumente in die Hand gegeben:

1. Es ist aberwitzig, die Zahlung des Krankengeldes von der Krankheitsbescheinigung am ersten Tag abhängig zu machen. Man muß schon kranken Geistes sein, um dies von den Erkrankten ernsthaft fordern zu wollen.
2. Also wird der Arzt am zweiten, dritten, vierten Tag die tatsächliche Erkrankung vom ersten Tag an zu bescheinigen haben. Er wird dies so gewissenhaft tun, wie bisher auch. Meine Kurzumfrage in Ärztekreisen hat mir das zur Gewißheit verdichtet.
3. Bescheinigt der Arzt die Krankheit nicht, gibt es schon heute keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ich werde mich weiterhin gegen den Verdacht wehren, die Ärzte meines Wahlkreises würden sich durch Gefälligkeitsbescheinigungen strafbar machen, nur um die Patienten in der Praxis zu halten und sie per Krankenschein abmelken zu können.
4. Die von mir befragten Ärzte mochten nicht ausschließen, daß sie gelegentlich auch Simulanten zum Opfer fielen. Einer sagte mir entwaffnend offen: "Es sind nicht mehr als die mutmaßlichen Steuerhinterzieher, die ich in meiner Praxis habe. Die aber kommen uns teurer zu stehen".
5. Wie ich das Verfassungsgericht kenne, werden künftige Karenztage unterschiedslos alle treffen, die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten. Nur: die Angestellten und die Beamten sind sämtlich nicht tarifvertraglich gegen eine solche Zumutung geschützt. Viele Arbeiter sind es seit dem Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein. Mir fällt auf, daß die Oberschlaumeier in Bonn das nicht bedacht haben.

Warum also, so frage ich mich, das alberne Theater um Karenztage? Wieder fand ich durch Rückfragen in meinem Wahlkreis die Antwort. Es war ein ganz einfacher Mensch, der sie mir gegenüber äußerte. Er brummte kurz und knapp: "Die in Bonn wollen uns beschleißen! Die Karenztage sind doch nur vorgeschoben für eine andere Schweinerei!"

Recht hat er. Nur: ich beschleiße ihn nicht. Und meine Parteifreunde werden es auch nicht tun.

(-/22.4.1992/hgs/fr)
